



**Statement von Pater Martin Maier SJ,  
Hauptgeschäftsführer des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat,  
in der Pressekonferenz am 19. April 2023 um 11 Uhr in Essen**

Es gilt das gesprochene Wort!

Guten Morgen liebe Damen und Herren,

Bischof Overbeck hat am Beispiel Nicaraguas auf die Gefährdung der Demokratie in vielen Ländern Lateinamerikas hingewiesen. Die Bilder von den anhaltenden Protesten in Peru, die teils mit unverhältnismäßiger Gewalt niedergeknüppelt werden, oder die Bilder vom Sturm auf Parlament, Präsidentenpalast und Obersten Gerichtshof in Brasilien Anfang des Jahres machen deutlich, wie fragil die politischen und gesellschaftlichen Systeme sind. Gerade auf meinen letzten Dienstreisen ist mir klargeworden: Die Demokratie ist in fast allen Ländern Lateinamerikas bedroht. Verächter der Demokratie gibt es auf allen Seiten des politischen Spektrums. Exemplarisch lässt sich das an El Salvador und Venezuela zeigen. Der Präsident El Salvadors, Nayib Bukele, hat mit seiner Zwei-Drittel-Parlamentsmehrheit bereits zum zehnten Mal in Folge den Ausnahmezustand verhängt. Mehr als 60.000 junge Menschen konnte er so ohne Haftbefehl einfach auf Verdacht verhaften lassen. Auf die überfüllten Gefängnisse hat er mit einem gigantischen Neubau des größten Gefängnisses in Lateinamerika reagiert. Menschenverachtend aber medienwirksam wurden wirkliche oder vermeintliche Mitglieder der Jugendbanden hineingetrieben. Mit massiver staatlicher Repression ist es gelungen, die Mordrate zu senken. An der Ursache für die Gewalt, der extremen sozialen Ungleichheit zwischen Arm und Reich, hat sich dagegen nichts geändert.

Das gilt auch für Venezuela, wo Hugo Chavez und sein Nachfolger Nicolas Maduro unter dem Slogan „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ angeblich den Armen zu ihren Rechten verhelfen wollten. Tatsächlich ist Venezuela ein Lehrbeispiel, wie eine

Regierung ein Land zugrunde richtet: Die Hälfte der Bevölkerung lebt ohne Strom, die Trinkwasserversorgung ist immer wieder unterbrochen, die Gesundheitsversorgung liegt am Boden und die Inflation galoppiert. Die Folge: Sieben Millionen Venezolaner haben das Land inzwischen verlassen. Weder El Salvador noch Venezuela bieten Lösungen für die strukturellen Probleme Lateinamerikas. Wie in allen totalitären Regimen gibt es wenige Profiteure, die sich maßlos bereichern. Was fehlt, sind die Bedingungen für eine wirkliche Demokratie: Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Sicherheit, Pressefreiheit, ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit.

Rechtsstaatlichkeit ist auch die Bedingung der Möglichkeit für die Armutsbekämpfung. Darauf reagiert das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat mit seinen Partnerinnen und Partnern vor Ort. Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche, die Förderung von kirchlichen Radioprogrammen, die die Menschen bis in die entlegensten Regionen erreichen, oder die Ausbildung von Katechetinnen und Katecheten in den Pfarrgemeinden: Wichtiger Bestandteil ist immer die Bewusstseinsbildung dafür, dass ein offenes und transparentes Miteinander, Überwindung von Ungleichheit, soziale Gerechtigkeit und Regeln, die für alle gleichermaßen gelten, Grundvoraussetzung für eine echte Hilfe zur Selbsthilfe sind. Dort, wo Kirche in diesem Sinn handelt, wird sie als gesellschaftliches Gegengewicht, als vertrauenswürdige Institution, als Ort der Hoffnung für den Kontinent wahrgenommen, die das Leben der Menschen zum Guten verändert.

Gerade die Armen erleben, dass sich Kirche mit ihrer weltweiten Solidarität dort für sie einsetzt, wo die Staaten versagen. Das zeigte sich beim Thema „Gesundsein Fördern“ der zurückliegenden Adveniat-Weihnachtsaktion. Neben dem Hunger stellt vor allem die marode Gesundheitsversorgung das größte Problem für die Armen dar. Wer krank wird, steht nicht selten vor der Frage, ob er sich den Besuch eines Arztes überhaupt leisten kann. Die Kosten für eine Behandlung können ganze Familien in die Armut stürzen. Während der Adventszeit haben Schwester Geanni Ramos und Carolina Magelhães aus Guatemala sowie Bischof Eugenio Coter aus Bolivien auf Akademie-Veranstaltungen, in Pfarrgemeinden und bei engagierten Lateinamerika-Gruppen in Deutschland eindrücklich davon berichtet, wie Adveniat mit seinen Projektpartnerinnen und -partnern die Spirale von Krankheit, Hunger und Armut durchbricht. Mit den insgesamt 1.500 Projekten und 32,6 Millionen Euro

Fördersumme hat Adveniat 2022 mit seinen Partnerinnen und Partnern vor Ort Biotope der Hoffnung in einem Meer von Problemen geschaffen.

Damit die Kirche als politischer und gesellschaftlicher System-Changer in Lateinamerika wirken kann, muss sie sich aber auch selbst verändern. Mit dem weltweiten Synodalen Prozess und dem Synodalen Weg in Deutschland gibt es hier wichtige Initiativen. Wie im politischen Raum die Demokratie-Verächter, so versuchen in der kirchlichen Debatte Synoden-Verächter die wichtigen und richtigen Bekehrungs- und Veränderungsprozesse auszubremsen. Sie dürfen die kirchliche und säkulare Öffentlichkeit nicht bestimmen. Deshalb war ich in Lateinamerika als Brückenbauer für den deutschen Synodalen Weg unterwegs und habe bei meinen Begegnungen einseitige und falsche Informationen richtiggestellt. Denn die Wünsche nach kirchlichen Veränderungen ähneln sich wie der Vergleich des Synodalen Wegs beispielsweise mit der Amazonas-Synode zeigt.

Die Bitte der Synodalversammlung an den Papst „die Verbindung der Erteilung der Weihen mit der Verpflichtung zur Ehelosigkeit neu zu prüfen“ entspricht dem Wunsch der großen Mehrheit Bischöfe, Ordensleute und Laien auf der Amazonas-Synode von 2019, verheiratete Diakone zu Priestern zu weihen. Im Abschlussdokument wird vorgeschlagen, Kriterien und Ausführungsbestimmungen festzulegen, „nach denen geeignete und in der Gemeinde anerkannte Männer zu Priestern geweiht werden können.“ (111)

Auf der Synodalversammlung gab es einen „breiten Konsens“ darüber, dass die „geschlechtsabhängige Zulassung“ zum Priesteramt diskriminierend sei und abgeschafft werden müsse. Die Amazonas-Synode stellte in ihrem Abschlussdokument fest, dass – ich zitiere: „Im neuen Kontext von Evangelisierung und Pastoral in Amazonien die meisten katholischen Gemeinden von Frauen geleitet“ werden (102). Und weiter heißt es, dass „eine große Anzahl von Konsultationen forderte, den ständigen Diakonat für Frauen einzurichten.“ (103) Deshalb sprachen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Amazonas-Synode dafür aus, Möglichkeiten zur Zulassung von Frauen zum Diakonat zu prüfen. Diese wenigen Zitate zeigen: Der Ruf nach Veränderungen in der Kirche ist ein weltkirchlich-weltweiter Ruf.

Adveniat wird weiterhin die Brücke der Solidarität sein, die einen Beitrag zur Veränderung von Gesellschaft, Politik und Kirche leistet, bis alle Menschen ein Leben in Würde führen können.

Herzlichen Dank.